

IST MONTENEGRO REIF FÜR EUROPA?

Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Tagung, die im Rahmen des Projekts „Democratization, Civil Society and Nation Building in Montenegro“ der Österreich-Kooperation, Büro Sarajevo, das von der Austrian Development Agency (ADA) finanziert wird, fand im Juni 2009 im Renner-Institut statt.

Die Veranstaltung wurde vom Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM), dem Renner-Institut und dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien organisiert. Als Key-Note-Sprecherin konnte die Vizepremierministerin für Europäische Integration, Gordana Djurović gewonnen werden, die in ihren Ausführungen ein durchwegs positives Bild vom Prozess der europäischen Integration zeichnete.

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) wurde am 15. Oktober 2007 von Montenegro und der Europäischen Union (EU) unterzeichnet, am 15. Dezember 2008 wurde der Mitgliedsantrag an die EU gestellt, am 23. April 2009 wurde die Europäische Kommission mit der Beurteilung dieses Antrags beauftragt. Im Falle von Kroatien dauerte es 14 Monate vom Antrag bis zur Anerkennung des Kandidatenstatus.

Die Wirtschaft wurde durch die jüngsten Turbulenzen in Mitleidenschaft gezogen, die durchschnittlichen Wachstumsraten von 9 % wird man in diesem Jahr nicht erreichen. Ein wichtiger Punkt sind die ausländischen Direktinvestitionen, diese gilt es vermehrt anzuziehen. Die entsprechenden Steuern wurden gesenkt.

Was den Integrationsprozess angeht, so hat Montenegro dafür ein Nationales Programm für EU-Integration entworfen, mit dem die Rechtsstaatlichkeit gefördert werden soll, ebenso wie die Harmonisierung der Gesetze, zudem sollen Kapazitäten im Verwaltungsapparat aufgebaut werden.

Auch die Visa-Liberalisierung wurde von der Premierministerin angesprochen, mittlerweile hat sich in dieser Frage die EU ja bewegt. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass nur 15 % der Montenegriner überhaupt Reisepässe besitzen.

Alles in allem sei Montenegro auf einem guten Weg, die Verhältnisse im Lande seien stabil, ebenso die Beziehungen zu den Nachbarn – an den Balkankriegen war man ja nicht beteiligt.

Ist die EU reif für künftige Erweiterungen?

In der Paneldiskussion ging es dann auch eher um die Frage, ob die EU bereit sei für weitere Erweiterungen. Botschafter Eigner (BMeiA) mahnte zur Vorsicht, man müsse „erreichbare Ziele formulieren“, um die öffentliche Erwartung nicht zu groß werden zu lassen. Ohne einen ratifizierten Lissabonvertrag werde es keine Erweiterung geben.

Für Wenceslas de Lobkowicz (EK, DG Erweiterung) gibt es zwei Lehren aus den bisherigen Erweiterungsrounds: Erweiterung ist mehr als nur Verhandeln, Erweiterung ist mehr als der *acquis communautaire* – die Maßnahmen müssen auch im Alltag in Kraft sein. Wichtig sei daher, die Umsetzung der neuen Gesetze und auch die sachgemäße Verwendung der Finanzhilfe. Hier gelte es, in Podgorica entsprechende Verwaltungskapazitäten zu etablieren. De Lobkowicz rechnet mit einer Entscheidung über den Kandidatenstatus durch den Rat in 2010.

Eine Frage, die die EU nach den Problemen mit Rumänien und Bulgarien beschäftigt, ist jene nach der Irreversibilität der Reformen, wobei hier keine speziellen Mechanismen geplant sind. Der Gruppendruck, tendenziell rückläufiges Investment in unstablen Regionen und letztlich auch Kürzung der Finanzmittel durch

die EU sollten dafür sorgen, die Reformprozesse auch nach dem Beitritt voranzutreiben.

Wirtschaft – Sorgenkind Nummer eins

Die Wirtschaft ist im Moment sicherlich das Sorgenkind Nummer eins für die montenegrinische Politik. Ein Staat mit knapp über 600.000 Einwohnern, der zu einem Gutteil vom Tourismus lebt und als nennenswerte Industrieanlage nur über ein Aluminium-Kombinat aus der jugoslawischen Zeit verfügt, hat es in diesen Zeiten schwer. Die Gesamtverschuldung macht nur knapp 20 % des BIP aus, derzeit, was ein guter Wert ist. Dennoch wird Montenegro mit den Worten von Vladimir Gligorov (WIIW) von der Wirtschaftskrise „hart getroffen“. Die Touristenzahlen, der Aluminium-Export sowie die ausländischen Investitionen sind stark rückläufig. Sollte das schlechte Wirtschaftsklima andauern, wäre das Wirtschaftswachstum in Montenegro mittelfristig von seinen früheren sehr guten Werten weit entfernt. Dazu kommt eine mögliche Liquiditätskrise in Montenegro, ein Problem, dass seine Nachbarländer nicht plagt. Im öffentlichen Sektor wären die Pensionszahlungen in Gefahr. Die Frage ist, wie man neue Jobs schaffen kann. Die Aufrechterhaltung des Betriebs des Aluminiumwerks sieht Gligorov als keine sehr gute Idee an, die hier eingesetzten großen Summen könnten auch in eine Umstrukturierung der Wirtschaft fließen, die langfristig nicht vermeidbar sein wird. Gerade im Tourismusbereich ist hier noch Potenzial – diesen Sommer benötigt man z.B. über 35.000 Saisonarbeitskräfte. Hier braucht es aber auch die entsprechende Ausbildung. Gerade in diesem Bereich wären die Investitionen sinnvoller, als sie für die Stützung der Aluminiumproduktion zu verwenden.

Die Aufnahme in die WTO ist weiterhin durch die Ukraine blockiert, hier wird bilateral verhandelt. Die Lösung dieses Problems wäre ein weiterer Schritt Richtung EU.

Demokratiedefizite

Diskussionen rief der Beitrag von Vedran Džihic hervor, der einige Mängel in der montenegrinischen Demokratie hervorhob. Er zählte drei Punkte auf: Erstens sei seit 18 Jahren dieselbe politische Kraft am Ruder, zweitens pflege deren Führer, Milo Djukanovic, politisch einen fragwürdigen Stil (zu gute Kontakte zur Wirtschaft, Nepotismus, usw.), drittens sei die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland zu groß.

Karl-Peter Schwarz, Balkankorrespondent der FAZ, mahnte aus dem Auditorium zur Vorsicht mit solchen Aussagen, da politische Kultur schwer zu definieren sei, man brauche sich nur Italien oder Griechenland anzuschauen.

Vizepremierministerin Djurovic ist hingegen der Auffassung, dass es durchaus einen Wandel in der Struktur der politischen Führung gegeben habe.

Faktum ist, dass die Opposition eine untergeordnete Rolle spielt und Demokratie nun einmal heißt, die Wahl zu haben, wie Vladimir Gligorov einwarf.

Insgesamt war man sich aber über die Stabilität in Montenegro einig, sodass eine Anerkennung des Kandidatenstatus im nächsten Jahr zu erwarten ist. Größtes Hindernis sind die wirtschaftlichen Probleme derzeit, die sowohl die EU in ihrer „Erweiterungsfreudigkeit“, als auch die Entwicklung der möglichen Kandidatenländer hemmt.

